

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1950

144 (8.7.1950)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 1.90 DM, zurücklich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.20, im Verlag abgeholt 1.90 DM

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpt. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

2./51. Jahrgang

Samstag, den 8. Juli 1950

Nr. 144

Keine Einigung über Mitbestimmung?

Viele Fragen sollen offen geblieben sein
Bonn (UP). Mit großem Erstaunen haben eingeweihte politische Kreise in Bonn von einem Kommuniqué des Bundesarbeitsministeriums Kenntnis genommen, durch das behauptet wurde, daß in der Frage der Mitbestimmung zwischen den beiden Sozialpartnern eine grundsätzliche Einigung erzielt worden sei. Diese Einigung beziehe sich nach Angaben von gut unterrichteten Persönlichkeiten nur auf die sogenannte überbetriebliche Mitbestimmung.

Alle anderen Fragen seien offen geblieben. Hierzu zählt zum Beispiel die Zahl der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und die Frage, ob Gewerkschaftsvertreter von außen her in diese delegiert werden dürfen. Unklar sei außerdem, wie die innerbetrieblichen Wirtschaftsausschüsse arbeiten sollen, wie sie zusammengesetzt und von welcher Betriebsgröße ab sie eingesetzt werden sollen. Die Mitteilung über eine geplante Zusammenarbeit zwischen Betriebsleitung und Belegschaft deutet nach Ansicht dieser Kreise lediglich auf betriebstechnische Mitarbeit hin, die schon immer üblich war. Diese Interpretation wird durch den zweiten Hinweis verstärkt, es seien wegen der Mitbestimmung bei Personal- und Sozialfragen weitere Verhandlungen notwendig. Die Äußerung des Bundespräsidenten, es sei noch unbekannt, ob das Bundesarbeitsministerium nun einen Gesetzentwurf ausarbeiten werde, ist nach Meinung von Sachverständigen schließlich das Eingeständnis, daß die Einigung mißglückt ist.

Kein KPD-Verbot geplant

Illegalität wäre bedenklich

Bonn (UP). Die Bundesregierung hat jede Absicht fallen gelassen, die kommunistische Partei in Westdeutschland zu verbieten, verkündet aus unrichtiger Quelle. Die Bundesregierung soll zu dem Schluß gekommen sein, daß ein Verbot der KPD die Kommunisten nur in die Illegalität treiben und die Abwehr ihrer Agitation erschweren würde.

Pleven soll neue Regierung bilden

Mollets Bemühungen abgeschlossen

Paris (UP). Nachdem der französische Sozialistenführer Mollet seine „Informationsmission“ zur Beilegung der französischen Krise abgeschlossen und dem Staatspräsidenten mitgeteilt hat, daß seiner Ansicht nach eine Kompromißlösung zwischen den großen Parteien gefunden sei, hat Staatspräsident Auriol den bisherigen Verteidigungsminister Pleven mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt. Pleven hat den Auftrag angenommen.

Europäische Zahlungsunion beschlossen

Ein großer Fortschritt in Paris

Paris (UP). Der Ministerrat der europäischen Wiederaufbaubehörde (OEEC) hat den Entwurf für die Schaffung einer europäischen Zahlungsunion gebilligt. Ein Beamter der OEEC teilte mit, daß die Minister „volles Übereinkommen über alle Punkte der Zahlungsunion“ erzielt hätten. Alle 18 Mitgliedsstaaten einschließlich der Schweiz werden an der Zahlungsunion teilnehmen. Die Mitarbeit der Schweiz war bisher fraglich erschienen.

Dieses Ereignis wird in unrichtigen Kreisen als ungewöhnlich bedeutsam angesehen. Denn nunmehr besteht die Möglichkeit, die Handelsbeziehungen zwischen den 18 am Marshallplan beteiligten Staaten dadurch reibungslos zu gestalten, daß den Staaten die Möglichkeit gegeben wird, ihre Zahlungsverpflichtungen auf dem Wege über einen zentralen Fonds zu erfüllen. Diese Maßnahme tritt nach in der ersten Hälfte des Juli in Kraft.

Leopolds Schwager verhaftet

Mitnahme eines Befehls der Exilregierung

Brüssel (UP). Walter Baels, der Schwager des belgischen Königs, wurde verhaftet, als er die französisch-belgische Grenze überschritt, um an der Bestattung seiner Mutter teilzunehmen. Walter Baels, der in das Gefängnis von Mons eingeliefert wurde, ist einer der vier Brüder der Prinzessin de Bethy, der jetzigen Gattin König Leopolds III. Er wurde nach dem Krieg wegen „Desertion“ in absentia zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Er hatte im Mai 1946 nach dem Zusammenbruch Belgiens seine Heimat verlassen und sich nach Lissabon begeben. Von dort aus leitete er es ab, der Aufforderung der belgischen Exilregierung Folge zu leisten, die ihn zu den belgischen Truppen nach England einberief.

Moskau greift nach Tibet

Rote Agenten in verschiedenen Klöstern

London (UP). Berichten von Radio Peiping zufolge ist es den chinesischen Kommunisten durch die Entsendung von Kommissaren in lamaistische Klöster gelungen, in Tibet Fuß zu fassen. Peiping gab bekannt, daß ein Austausch von Abten aus Peiping und solchen aus dem Kloster Sakya bei Lhasa stattgefunden habe. Kloster Sakya ist der Sitz des Bundes „Roter Hut“. Dieser Bund steht schon seit Jahrhunderten der Herrschaft des Dalai Lama in Lhasa an. Britischen Stellen sind Berichte zugegangen, wonach die Kommunisten in Nordosttibet mit Hilfe der Mönche des Bundes „Roter Hut“ eine tibetanische Volksregierung gebildet haben.

Einberufungen in USA angeordnet

Sofortige Verstärkung der US-Streitkräfte auf 2 Millionen Mann
Wichtige Besprechungen in Washington

Washington (UP). Präsident Truman ordnete am Freitag die Verstärkung der amerikanischen Streitkräfte auf die im Budget als Höchstgrenze genehmigte Ziffer von etwas mehr als 2 Millionen Mann an. Zur Erreichung dieses Zieles betahl der Präsident die Einberufung aller wehrfähigen Männer im Alter von 19 bis 25 Jahren.

Am Freitag abend empfing Präsident Truman führende Mitglieder des Militärausschusses des Kongresses zu einer Besprechung. Wie Senator Bridges mitteilte, hat der Präsident die Abgeordneten wegen „einer dringlichen Frage im Zusammenhang mit neuen Entwicklungen“ zu sich gebeten.

Kurze Zeit später hat das amerikanische Verteidigungsministerium die Einberufung von Militärdienstpflichtigen angeordnet. Eine dazu herausgegebene Erklärung des Verteidigungsministeriums hat folgenden Wortlaut: „Auf Empfehlung des gemeinsamen Generalstabes und in Übereinstimmung mit dem Staats- und der Armee sowie mit Billigung des Präsidenten, ist die Armee, die Kriegsmarine und die Luftflotte im Hinblick auf die Korasituation ermächtigt worden, die auf Grund des Budgets zugebilligten Höchstzahlen an militärischem Personal zu überschreiten. Dieser Akt bedeutet den ersten Schritt zur Auffüllung der Einheiten von Armee, Kriegsmarine und Luftflotte, die bei den Koras-Operationen Verwendung finden sollen, auf volle Kriegsstärke... Die Anwendung des Militärdienstgesetzes ist genehmigt worden. Freiwilligenmeldungen werden ebenfalls angenommen.“

Sofort nach Veröffentlichung der Erklärung rief der Direktor des Einberufungsbüros, Hersey, eine Sonder Sitzung seines Stabes ein, um die Arbeit seiner Organisation so schnell wie möglich anlaufen zu lassen. Präsident Truman antwortete führende Mitglieder der militärischen Ausschüsse des Kongresses über das Programm zur Einberufung.

Das Verteidigungsministerium teilte nicht mit, wie viele Rekruten es zur Verstärkung der amerikanischen Streitkräfte benötigt. Die drei Wehrdienstklassen haben zur Zeit einen Personalbestand von 1 370 000 Soldaten. Nach Ansicht militärischer Beobachter sind zur Auffüllung der amerikanischen Streitkräfte auf die genehmigte Sollstärke 300 000 Dienstpflichtige erforderlich.

Das Militärdienst-Gesetz wird zunächst bis zum 9. Juli 1951 gültig sein. Nach ihm können Dienstpflichtige im Alter von 19 bis zu 25 Jahren ohne Zustimmung des Kongresses einbezogen werden. Die vom Kongress festgesetzte Höchstgrenze von 2 000 000 Soldaten oder Wehrdienstpflichtigen der USA kann jedoch nicht ohne seine Einwilligung überschritten werden. Ein militärischer Sprecher gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß man die benötigte Anzahl von Truppen durch Freiwillige erhalten werde.

Von den Reservisten würden hauptsächlich Offiziere einberufen werden.

Riesenprogramm zur Erzeugung von Atomenergie

Truman fordert 200 Millionen Dollar für Atom- und Wasserstoff-Bomben

Washington (UP). Präsident Truman forderte vom Kongress die Bewilligung von weiteren 200 Millionen Dollar „für die Weiterentwicklung von Atomwaffen aller Art, darunter auch der Wasserstoffbombe“.

Der Präsident sagte zur Begründung, diese Mittel würden die Atomenergie-Kommission in die Lage versetzen, „zusätzliche und bessere Werke und Anlagen zu errichten, die der Durchführung meiner Direktive vom 31. Januar 1950 dienen“. In dieser Direktive wurde die Kommission aufgefordert, ihre Arbeiten zur Entwicklung von Atomwaffen aller Art, darunter der Wasserstoffbombe, weiter fortzusetzen. Truman erklärte ferner, daß die neuen Werke dazu dienen könnten, entweder Atom-Sprengstoffe oder Brennstoff für Atomenergie- oder Elektrizitätswerke zu erzeugen. Die neuen Werke würden sehr modern sein. Ihre Inbetriebnahme würde den Fortschritt des Atomenergie-Programms beschleunigen.

Dazu verläutet von gut unterrichteter Quelle, daß die Atomenergie-Kommission die Absicht habe, Werke zur Erzeugung des Wasserstoffbomben-Sprengstoffes „Tritium“ zu bauen. Derselben Werke könnten auch Plutonium für Atombomben herstellen. Präsident Truman bekräftigte in der Begründung den Wunsch der USA, „daß eine wirksame internationale Kontrolle der Atomenergie ihren ausschließlichen Gebrauch für friedliche Zwecke gewährleisten möge. Das ist eines der grundlegenden Ziele der amerikanischen Regierung und der überwältigenden Mehrheit der Vereinten Nationen, dem sie ihre größten Bemühungen gewidmet haben. Solange dieses Ziel nicht erreicht ist, müssen wir unsere Verteidigung verstärken, indem wir für die dazu erforderliche Produktionskapazität von Atomenergie sorgen“, erklärte Präsident Truman.

Unter McArthurs Oberkommando

Beschluß des Sicherheitsrates der UN

Lake Success (UP). Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat die Vereinten Staaten ermächtigt, General McArthur zum Oberkommandierenden der alliierten Streitkräfte in Korea zu ernennen. Ferner wurde den USA das Recht zugestanden, in Korea die Flagge der Vereinten Nationen neben den Nationalflaggen zu führen. Die Resolution mit der Ernennung McArthurs wurde mit sieben gegen keine Stimme angenommen. Der ägyptische, der indische und der jugoslawische Delegierte waren nicht anwesend.

Keine Anzeichen von Aggression

Der Hohe Kommissar glaubt nicht an einen Überfall auf Westdeutschland

Frankfurt (UP). Es bestehen keinerlei Anzeichen eines bevorstehenden Angriffs auf Westdeutschland, und ich glaube auch nicht, daß es zu einem Angriff kommen wird, erklärte vor Pressevertretern der amerikanische Hohe Kommissar McCloy in Frankfurt. Die Entwicklung in Korea bestätige ihn in der Auffassung, daß ein derartiger Angriff sehr unwahrscheinlich sei.

McCloy betonte, daß er keinerlei Berichte von ungewöhnlichen Truppenbewegungen in der Ostzone besitze, dagegen seien Informationen über Truppenbewegungen auf dem Balkan vorhanden, deren Bedeutung er jedoch nicht abschätzen könne. In diesem Zusammenhang erwähnte McCloy, daß eine Verstärkung der amerikanischen Streitkräfte könne auch keine Bedrohung darstellen, einige Divisionen in der US-Zone zu stationieren, seien ebenfalls in Staaten Westeuropas vorhanden. McCloy sagte sich über die Lage in Berlin nicht beunruhigt. Es handle sich um eine Willkürmaßnahme der Sowjets, da das Stromlieferungsabkommen abgelaufen sei und verlängert werden müsse. Es seien keine Gründe vorhanden, die darauf deuten könnten, daß eine neue Blockade der Stadt beabsichtigt sei.

Zum Thema Bundespolizei bemerkte McCloy, daß sein Stellvertreter, Generalmajor Hays, der Direktor des Amtes für öffentliche Sicherheit, McCraw, gegenwärtig die Bundespolizei Vorschläge auf Errichtung einer Bundespolizei von 25 000 Mann überprüfe. Auf eine Frage erwiderte McCloy, er glaube, daß die Korea-Zwischenfälle die Verwirklichung des Schumanplanes eher beschleunigen als verzögern werde. Wenn man überhaupt ein Fazit aus dem kommunistischen Überfall ziehen wolle, dann nur das, daß keine Zeit mehr versäumt werden dürfe, die

freiwilligen Kräfte zur Abwehr zusammenzufassen.

Zur Kartoffelkriegerpropaganda stellte McCloy fest, er wisse nicht, was hinter diesem Geschrei stecke, da man normalerweise nie wissen könne, was „Tritium“ zu tun beabsichtigen.

Was geht in Jugoslawien vor?

Lake Success (UP). Jugoslawien „rüstet in großem Maße“ und hat entlang der Grenzen von Rumänien, Ungarn, Bulgarien und Albanien „zahllose Zwischenfälle provoziert“, berichtet das Kominternjournal in seiner Freitagsausgabe. „Die Tito-Clique hetze auf dem Balkan zum Kriege. Außerdem bedeutete die Schaffung der Achse Belgrad-Athen unter amerikanischer Protektion eine ernste Gefahr für den Frieden.“

Revolution in der Luftabwehr?

Raketen mit Tragflächen gegen Düsenbomber

London (UP). Die traditionelle britische Vorherrschaft in der Forschung auf dem Gebiet der Luftabwehr und des Jagdfliegerwesens meldet eine neue Erfindung: Die Konstruktion eines ersten wirksamen Abwehrmittels gegen Düsenbomber. Es hatte sich herausgestellt, daß die neuen Düsenbomber zu schnell für die Jagdflugzeuge alten Stils und zu wendig für die neuen Raketenjäger wurden. Deshalb zerbrachen sich die britischen Konstrukteure den Kopf über eine wirksame Gegenmaßnahme. Das Ergebnis der britischen Forschungen liegt jetzt vor: eine ferngesteuerte fähigere Rakete mit Tragflächen. Sie wurde speziell für den Luftkampf in großen Höhen konstruiert und wurde mit Erfolg an der wälischen Küste ausprobiert. Höhere Offiziere, die den Versuchen beiwohnten, sollen über die Schnelligkeit und Beweglichkeit sowie über die leichte Art der Führung der Rakete verblüfft gewesen sein. Es könnte sein, daß die Rakete, sollte sie sich bewähren, die Luftabwehr in neue Bahnen lenken würde.

Den Entscheidungen entgegen

Von Willi Schickling

Der an mancherlei Sensationen gewöhnte deutsche Zeitungsleser mußte zu Beginn dieser Woche die erstaunliche Feststellung machen, daß der Kartoffelkrieger zum Thema einer hochpolitischen Note wurde: Moskau warf den Vereinigten Staaten vor, daß ihre Flugzeuge „nach einem sorgfältig vorbereiteten Plan“ Kartoffelkrieger über der Ostzone abgeworfen hätten, um die Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes zu gefährden. Die Vereinigten Staaten haben inzwischen diese Anklagen in einer scharfen Erklärung zurückgewiesen.

Niemand im Westen nahm die Behauptungen als solche ernst, aber manche westlichen Politiker und Zeitungen fragten sich, was die Russen wohl gemeint haben mochten, als sie von „Kartoffelkrieger“ sprachen. Jedenfalls wurde man das Gefühl nicht los, daß zwischen den tragischen Ereignissen in Korea und der fast komisch anmutenden „Kartoffelkriegernote“ ein gewisser Zusammenhang bestehe. Und den politischen Kreisen des Westens drängte sich die naheliegende Frage auf: sind diese Kartoffelkrieger-Anklagen, die Einstellung der Stromlieferungen nach Berlin und andere kleine Nadelstiche die Vorboten eines neuen Druckes auf Westberlin und Westdeutschland, oder handelt es sich um bedeutungslose Ablenkungsmanöver?

Auf dem Hintergrund des blutigen Zusammenstoßes in Asien muß jeder sowjetische Schritt in Europa Mißtrauen auslösen. Auch dann, wenn es sich nur um eine vereinzelte Maßnahme im sogenannten „Nervenkrieg“ und nicht um die Vorbereitung einer größeren Aktion handelt. Manche westlichen Kreise neigen zu der Auffassung, daß Moskau mit voller Absicht diese Nervosität und damit das Gefühl der Unsicherheit zu verstärken versucht.

Das verstärkte Mißtrauen scheint aber auch positive Folgen zu haben: In Paris meinten hohe militärische Kreise, daß die letzten Ereignisse zu einer Beschleunigung der Verteidigungsmaßnahmen des Kontinents führen würden, und die Bonner Bundesregierung fand eine gute Gelegenheit, erneut die Aufmerksamkeit der westlichen Welt auf die heikle Frage der deutschen Sicherheit zu lenken. Wie weit die Forderung Adenauers auf eine „formale Sicherheitsgarantie“ schließlich erfüllt werden wird, läßt sich noch nicht übersehen. Immerhin versicherte der amerikanische Hohe Kommissar, McCloy, wiederum, daß die Westmächte einen Angriff auf die Bundesrepublik als einen Angriff auf sich selbst betrachten würden. „Die alliierten Truppen werden in Deutschland bleiben, bis der Friede gesichert ist“, sagte er. Auch das Thema „Bundespolizei“ rückte in diesem Zusammenhang erneut in den Vordergrund.

Inzwischen verhandeln die Sachverständigen in London über die Revision des Besatzungsstatus, und in Paris tagen die Ausschüsse, die dem Schuman-Plan zur Verschmelzung der westeuropäischen Schwerindustrie die konkrete Form geben sollen. In London geht es um die Gewährung größerer Souveränität an die Bundesrepublik, und in Paris geht es — im Grunde genommen — um die Beschränkung der Souveränität der einzelnen westeuropäischen Staaten. Das eine schließt freilich das andere nicht aus, denn solange die Vereinigung Westeuropas nur Schritt um Schritt vor sich gehen kann, braucht die Bundesrepublik als Verhandlungspartner mehr außenpolitische Bewegungsfreiheit. Soweit sich aus den bisher vorliegenden Berichten erkennen läßt, dürfte die Hauptschwierigkeit der Pariser Verhandlungen darin bestehen, alle beteiligten Staaten für die Übertragung weitgehender Befugnisse an die vorgesehene „Hohe Behörde“ zu gewinnen. Ein Londoner Sprecher kommentierte die Pariser Vorschläge mit den Worten, sie enthielten „gewisse Merkmale“, die keine britische Regierung annehmen könnte. Auch wenn sich die sechs Staaten in Paris untereinander einigen sollten, scheint also im Moment die Aussicht gering, daß Großbritannien sich der Industrie-Union anschließen wird.

Die Bedeutung der Konferenzen an der Seine und an der Themse für die deutsche Zukunft darf nicht unterschätzt werden. Mit noch größerer Aufmerksamkeit aber verfolgt man in Westdeutschland die Vorgänge in Korea. Wie weit sich die Lage westlich der Elbe in den nächsten Jahren stabilisieren läßt, das hängt sicherlich auch davon ab, ob das Feuer südlich des 38. Breitengrades in absehbarer Zeit gelöscht werden kann. Solange sich der Westen in Asien stark zeigt, dürfte man in Moskau wenig Neigung haben, in Deutschland wesentlich mehr zu unternehmen, als „Kartoffelkrieger-Proteste“ loszulassen oder Stromlieferungen zu sperren...

Brotpreise dürfen nicht steigen

Trotz gegenteiliger Versprechungen aber eine Fettsteuer
Wichtige Beschlüsse des Bundesrates

Bonn (UP). Die deutsche Bundesregierung ist am Freitag vom Bundesrat ermächtigt worden, ohne Zustimmung der gesetzgebenden Organe im Laufe der nächsten drei Monate den Brotpreis selbstständig festzusetzen.

Der Bundesrat sprach diese Ermächtigung durch die Verabschiedung eines Gesetzesentwurfs über die Festsetzung von Brotpreisen aus. Die Länder Hessen, Berlin, Hamburg und Schleswig-Holstein sprachen sich gegen die Ausschaltung des Bundesrates bei der Festsetzung von Brotpreisen durch die Bundesregierung aus. Bayern enthielt sich der Stimme; das Gesetz wurde im ganzen mit Mehrheit angenommen. Auf Antrag Hessens wurde aus dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzesentwurf die Formulierung „im Bedarfsfall“ gestrichen.

Die Bundesregierung wird also durch dieses Gesetz — das noch der Zustimmung des Bundestages bedarf — in die Lage versetzt, bis zum 30. 9. 1950 Preise für Brotgetreide, Mehl, sowie für Brot und Kleingebäck durch Rechtsverordnung festzusetzen, „wenn und soweit dies zur Sicherung der Brotversorgung des Volkes oder eines volkswirtschaftlich gerechtfertigten Brotpreises erforderlich ist.“

In der vorangegangenen Debatte hatte sich der schleswig-holsteinische Justizminister Dr. Katz im Namen seines Landes gegen das Gesetz gewandt. Auch die Länder Rheinland-Pfalz und Bayern äußerten staatsrechtliche Bedenken, gegen die Ausschaltung des Bundesrates, erklärten jedoch unter der Voraussetzung, daß das Gesetz nur bis 30. September befristet werde, ihre Zustimmung.

Bundespresseschef Dr. Brand erklärte auf einer Pressekonferenz in Bonn, daß auch nach Fortfall der Subventionen keine fühlbare Brotpreissteigerung eintreten werde. Auf die schwierige Interpretation des Ausdrucks „fühlbar“ aufmerksam gemacht, war Brand schließlich bereit, offiziell zu erklären, daß der Brotpreis überhaupt nicht steigen werde. „Höchstens bei Kleingebäck“ kann nach Ansicht Brands eine unmerkliche Preissteigerung eintreten. Die von der Bundesregierung erbetene Ermächtigung zur Brotpreisfestsetzung werde daher, so betonte Brand mit Nachdruck, unter keinen Umständen eine merkliche Erhöhung der Preise von Brot und Kleingebäck mit sich bringen.

Höchstpreise für Inlandsbrotgetreide

Ferner billigte der Bundesrat eine Anordnung der Bundesregierung über die Festsetzung von Erzeugerhöchstpreisen für Inlandsbrotgetreide und um Zuschlag auf ausländisches Brotgetreide für die Monate Juli, August und September.

Die Anordnung setzt für inländisches Brotgetreide (Weizen und Weizen) für diese drei Monate Erzeugerhöchstpreise je tausend Kilogramm frei Erzeugerleistung fest. Die Preise sind nach Preisgebieten gestaffelt.

Der Einkaufspreis für ausländisches Brotgetreide errechnet sich nach den Erzeugerhöchstpreisen für inländisches Brotgetreide mit der Maßgabe, daß zu diesen Preisen in allen Preisgebieten ein Zuschlag von zehn DM je tausend Kilogramm und bei Weizen zur Abgeltung der besseren Beschaffenheit ein weiterer Zuschlag von drei DM je tausend Kilogramm erhoben wird. Von dem zehn-DM-Zuschlag ist der die festgesetzte Handelsspanne für ausländisches Brotgetreide übersteigende Betrag an die Außenhandelsstelle abzuführen.

Die große Überraschung: Fettsteuer

Das überraschende parlamentarische Ereignis des Freitag in Bonn war die Ankündigung des Bundesernährungsministers vor dem Bundesrat, daß die Regierung in Korea ein „Fettsteuergesetz“ einbringen werde.

Obwohl sich Professor Niklas damit die Verabschiedung seines jetzt vorgelegten „Milch- und Fettgesetzes“ durch den Bundesrat sicherte und obwohl ein Regierungssprecher vor der Presse betonte, das weitere Gesetz über „Ausgleichsabgaben für Margarine“ (Fettsteuergesetz) behandle gar keine Fettsteuer im eigentlichen Sinne des Wortes, stießen politische Kreise eine Diskrepanz zwischen dieser Verlautbarung und dem Versprechen des Bundeskanzlers an die Gewerkschaften fest. Adenauer hatte den Gewerkschaften versprochen, daß keine Fettsteuer kommen werde.

Die Bundesregierung hofft durch die Fettsteuer ein Abgleiten der Margarinepreise zu verhindern und die Relation zum Butterpreis zu halten. Professor Niklas betonte, daß die Ausgleichsabgabe nur für drei Monate erhoben werden soll. Der Bundesrat zog darauf seine Bedenken gegen das Milch- und Fettgesetz der Bundesregierung zurück und billigte den Entwurf mit Mehrheit. Dieses Gesetz regelt den Verkauf und den Handel mit Milch- und Fetterzeugnissen. Es sieht Melkererzeugnis- und Absatzgebiete vor, regelt den Straßenhandel mit Milch und trifft Vorkehrungen für die Qualität von Milcherzeugnissen. Die Länder können aufgrund dieses Gesetzes — das noch der Zustimmung des Bundestages bedarf — Ausgleichsabgaben für Trinkmilch erheben.

Das Gesetz bestimmt ferner die Errichtung einer Einfuhr- und Vorratstelle für Fette, regelt den Fettgehalt von Margarineerzeugnissen und trifft Vorkehrungen über die Verwendung von entrahmter Milch zur Margarineherstellung. Die Länder werden ermächtigt, Erzeuger- und Verbraucherpreise für Milch festzusetzen. Die Bundesregierung kann den Erzeugerpreis für Butter bestimmen.

Der Bundesrat billigte schließlich ein Gesetz über die Verlängerung des Notgesetzes für die deutsche Hochseefischerei, den Entwurf einer Anordnung über den Sommer- und Winterschlußverkauf und ein Gesetz über Schiffdienstbücher sowie einige andere unbedeutende Gesetzesentwürfe. Eine Vorlage über die gesetzliche Regelung von Lohnzahlungen

an Feiertagen wurde dem Arbeits- und Sozialausschuß zur Beratung überwiesen.

Bundespolizei-Frage wird geprüft

McClays Antwort nach Washington

Frankfurt/Main (UP). Der amerikanische Hohen Kommissar McCloy gab in seinem Antworttelegramm auf den Protest des republikanischen Abgeordneten Javits bekannt, daß die Frage der deutschen Bundespolizei gegenwärtig von einem Ausschuß geprüft werde, der von dem Hohen Kommissaren ernannt worden sei. Javits hatte in seinem Telegramm an den amerikanischen Hohen Kommissar gegen die Pläne zur Schaffung einer westdeutschen Bundespolizei protestiert. McCloy betonte in seiner Antwort, daß es sich lediglich um ein „Polizeiproblem“ und nicht um die Bildung einer „militärischen oder halb-militärischen Streitmacht“ handle. Man werde keine Empfehlung ohne sorgfältige Überlegungen geben, wobei die im Telegramm des republikanischen Abgeordneten enthaltenen Erwägungen berücksichtigt würden.

Überbrückungshilfe läuft an

Endgültige Richtlinien verabschiedet

Bonn (UP). Zwei Bundestagsausschüsse haben die endgültigen Richtlinien für die Zahlung der sogenannten Überbrückungshilfe an Flüchtlinge und ehemalige Berufssoldaten in Anwesenheit des Bundesfinanzministers und der Landesvertreter nunmehr verabschiedet.

Rote U-Boote in koreanischen Gewässern?

Unveränderte Lage an der Front - In Erwartung größerer Zusammenstöße

Tokio (UP). Das Hauptquartier General MacArthur gab unter anderem am Freitag die überraschende Meldung bekannt, daß amerikanische Superfestungen in den koreanischen Gewässern vier Kriegsschiffe angegriffen haben, von denen alle Beteiligten annehmen, daß es Unterseeboote waren. Es ist bekannt, daß die Nordkoreaner niemals Unterseeboote besaßen. Wenn also die angegriffenen Fahrzeuge Unterseeboote waren, könnte es sich dabei nach Ansicht hiesiger Beobachter um Einheiten der sowjetischen Flotte handeln.

Schon vor einigen Tagen war mitgeteilt worden, daß sich ein erheblicher Teil der sowjetischen U-Bootflotte in pazifischen Gewässern befinde. Nunmehr erfährt man, daß dort schätzungsweise 300 sowjetische Unterseeboote stationiert seien. Einer der bedeutendsten U-Boot-Stützpunkte sei der Hafer von Dalnri. Der Angriff auf die Kriegsschiffe von denen hier die Rede ist, fiel zeitlich mit der Veröffentlichung einer an die USA gerichteten Note des Kreml zusammen, in der die amerikanische Blockade der koreanischen Küste als ein offener Akt gegen die Aggression gebrandmarkt wurde. Hier liegt in der Tat ein seltsames Ereignis vor.

Vormärsche und Rückzüge

Was die Gesamtlage in Korea angeht, so ist es in den letzten Stunden zu keinen größeren Kampfhandlungen auf der Erde gekommen. Nach den Berichten rücken die nordkoreanischen Streitkräfte, während sich die Amerikaner und Südkoreaner zurückziehen, immer noch weiter nach Süden vor, wobei sie fast ununterbrochen Umfassungsmanöver ausführen. Die Front verläuft im Augenblick von einem Punkt nördlich Cheonan in nordöstlicher Richtung nach Magung, 40 km östlich Pyongtaek, weiter nach Chuanju, 60 km östlich von Pyongtaek und von dort in östlicher Richtung auf die Ostküste Koreas. Zeitweilig konnten amerikanische Truppen den nordkoreanischen Vormarsch aufhalten und dadurch Zeit gewinnen konnten, die einzige von Fahrzeugen benutzbare Brücke über den Ansong-Fluß zu sprengen. Am südlichen Ufer dieses Flusses gingen die amerikanischen Truppen in Stellung und hier treffen sich auch andauernd verstärkte amerikanische Truppen 15 km des kürzlich verlorenen Gebietes zurück. An Einzelheiten wird gemeldet, daß die Nordkoreaner im mittleren Sektor Yongwol, Cheonan und andere Ortschaften „befreit“ haben, während sie an der Westküste das Gebiet von Anson, 18 km östlich Pyongtaek besetzt haben sollen. An verschiedenen Frontabschnitten glaubt man Anzeichen für die Nordkoreaner feststellen zu können, den Vormarsch nach Süden noch weiter fortzusetzen. Nach neueren Schätzungen sollen sie etwa 15 „kleine Divisionen“ mit einer Stärke von fünf- bis sechstausend Mann in Südkorea stehen haben. Die Gesamtstärke der nordkoreanischen Streitkräfte wird auf 95 000 Mann geschätzt. Sachverständige waren am Freitag der Ansicht, daß sich im Raum nördlich von Taejon eine Entscheidungsschlacht vorbereite.

Amerikaner brauchen nur Zeit

Trotz der schwierigen Lage ist man in maßgebenden amerikanischen Kreisen durchaus zuversichtlich gestimmt. Der amerikanische Kommandeur, Generalmajor Dean, so heißt es in einem Bericht, nehme seine Truppen so lange zurück, habe immer wieder neue Stellungen und verlasse nach diese wieder, bis genügend amerikanische Verstärkungen eingetroffen seien. Mit einem Wort: Die Amerikaner brauchen Zeit. Die Nachschubfrage ist schwierig und zu spät haben die Amerikaner in Korea festgestellt, daß Düsenjäger für die Verwendung in diesem Gebiet völlig ungeeignet sind. Sie werden deshalb durch Mustangjäger ersetzt, die aber auch erst wieder an Ort und Stelle gebracht werden müssen. Man verheißt sich in amerikanischen Kreisen nicht, daß die Nordkoreaner in 12 Tagen, von 38. Breitengrad aus 120 km nach Süden vorgestoßen sind und daß sie, wenn es so weiter ginge, die Amerikaner Ende Juli an der koreanischen Südküste an die See drücken würden. Aber noch ist nicht

det. Der Bundesfinanzminister sicherte zu, diese Richtlinien dem Bundeskabinett zur Annahme zu empfehlen.

Um Störungen in der Auszahlung zu vermeiden, sollen die Länder zunächst nach den alten Richtlinien verfahren und die Änderungen Schritt für Schritt durchführen. Die neuen Richtlinien sehen nicht nur eine Erweiterung des Personenkreises vor, der die Überbrückungshilfe erhält, sondern erhöhen auch den Umfang der zu zahlenden Beträge. Die Überbrückungshilfe wird als Vorleistung auf die durch Bundesgesetz nach Artikel 131 des Grundgesetzes zu regelnde Versorgung ehemaliger Beamter des Reiches gewährt.

Bisher seien für die Monate April bis Juni 35 Millionen DM vom Bund zur Zahlung von Überbrückungsgeldern zur Verfügung gestellt worden, sagte der Bundestagsabgeordnete Falkner. Er kündigte an, daß der Finanzminister auch für weitere Monate einen entsprechenden Betrag bereitstellen wolle.

Die neuen Richtlinien bestimmen unter anderem:

1. Die Altersgrenze von 45 Jahren soll fortfallen.

2. 60 Prozent der Beträge sollen den Vertreibern zugute kommen.

3. Berechtigt sind Beamte, Angestellte und Arbeiter des öffentlichen Dienstes, für die am 8. 5. 1945 noch keine Kasse zur Auszahlung der Bezüge vorhanden war. Ferner Berufssoldaten, die vor dem 8. 5. 1935 berufsmäßig in den Wehrdienst eingetreten sind. Schließlich alle versorgungsberechtigten Hinterbliebenen einschließlich der Frauen und Kinder, deren Ernährer sich in Kriegsgefangenschaft befindet oder vermißt ist. An alleinlebende Personen sollen mindestens 70 DM, an verheiratete mindestens 110 DM monatlich gezahlt werden. Als Höchstbetrag sind 190 DM vorgesehen.

aller Tage Abend. Denn schon heute steht fest, daß die nordkoreanischen Flugzeuge bereits praktisch ausgeschaltet sind. Ferner seien die nordkoreanischen Streitkräfte jetzt in der Gebirgsgegend angelangt, die für Panzermanöver sehr ungeeignet ist. Aber die Zahl der amerikanischen Truppen ist immer noch zu gering. Man weiß indessen, daß McArthur laufend Verstärkungen und Kriegsmaterial schickt.

1100 Einsätze der Luftwaffe

Ein Grund zu Besorgnis besteht nach amerikanischer Ansicht auch dann nicht, wenn die nordkoreanischen Streitkräfte von Wonju aus nach Westen vorstoßen und eine neue Umfassungsbewegung einleiten sollten. Nach einer Übersicht haben die amerikanischen Luftstreitkräfte in den vergangenen zehn Tagen über 1100 Einsätze geflogen und erhebliche Schäden angerichtet. Die letzte Meldung lautet, daß amerikanische Bomber und Jagdflugzeuge eine größere Ansammlung von nordkoreanischen Tanks und tausend Infanteristen angegriffen und zerstört haben. Offiziere des amerikanischen Nachrichtendienstes sind fest davon überzeugt, daß die Nordkoreaner wiederholt an Jagdflugzeugen des sowjetischen Typs „Yak“ süd-koreanische Kennzeichen angebracht haben. Möglicherweise, so heißt es in einem Bericht von der Front, könne der Samstag eine Wendung im weiteren Verlauf des Koreakrieges bedeuten. Warten wir indessen ab.

Dr. Brüning wird in Köln sprechen. Der ehemalige deutsche Reichskanzler Dr. Brüning, der sich zur Zeit zu einem privaten Besuch in Münster aufhält, wird demnächst vor der Studentenschaft der Universität Köln und geladenen Gästen zu aktuellen politischen und wirtschaftlichen Problemen Stellung nehmen.

Nach Westberlin geflohen. 35 Mitglieder der Ostzonepolizei haben in der ersten Juliwoche in Westberlin Zuflucht gesucht. Sie befürchteten offenbar nach Korea geschickt zu werden.

Hedler als Milläner eingestuft. Der Bundestagsabgeordnete Hedler (DRP) wurde nach zehnstündiger Verhandlung von dem Kieler Entnazifizierungsausschuß in die Gruppe der Milläner eingestuft.

Loritz' Immunität vom Landtag aufgehoben. Der bayerische Landtag hob die Immunität des Abgeordneten und WAV-Vorsitzenden Loritz überraschend auf. Loritz soll in einer Wahlrede behauptet haben, der bayerische Regierungsdirektor Jaksch habe der tschechischen Exilregierung in London angehört.

Sohn von Heinrich Kopf flieht nach Westberlin. Will Kopf, der Sohn des Ministerpräsidenten von Niedersachsen, ist aus der Ostzone nach Westberlin geflüchtet.

Britischer Flugzeugträger nach Japan. Der britische Flugzeugträger „Unicorn“ (14.750 t) erhielt den Befehl, zur Verstärkung der Seestreitkräfte bei Korea in die japanischen Gewässer auszulaufen.

Prinzessin de Rethy erwartet ihr zweites Kind. Die gewöhnlich gutunterrichtete katholische Zeitung „Libre Belgique“ berichtet, daß die Gattin König Leopolds — die Prinzessin de Rethy — ein zweites Kind erwartet.

UP-Korrespondent Kalisher zurückgekehrt. Der bekannte UP-Korrespondent Kalisher, von dem gemeldet worden war, daß er in nordkoreanische Gefangenschaft geraten sei, ist völlig erschöpft im US-Hauptquartier in Südkorea eingetroffen.

Flüge nach den USA eingeschränkt. Das Hauptquartier des amerikanischen Lufttransport-Kommandos gab bekannt, daß die Flüge nach den Vereinigten Staaten „infolge anderer zentraler Aufgaben“ stark eingeschränkt werden.

Die beiden Ausreißer gefangen. Die beiden aus dem Gefängnis ausgebrochenen Angehörigen der amerikanischen Luftstreitkräfte, der 19jährige Stephens und der 20jährige Vetter, wurden nach einer Fahndungsaktion von 67 Stunden in Stuttgart verhaftet.

Lüneburgs Kirchtürme sind schief

Lüneburg (UP). Wie Messungen ergeben haben, stehen jetzt alle Türme der drei großen Lüneburger Kirchen schief. Der „Johanniskirchturm“ neigt sich um 2,30 Meter vom Basismittelpunkt nach Südosten, während der Turm der Nikolai-Kirche nach Osten und der der Michaeliskirche nach Nordwesten geneigt ist. Ein Kuriosum bildet der Turm der Michaeliskirche, der im unteren Teil zur Hälfte nach Nordwesten neigt, dann acht Meter senkrecht steht und in der Kuppel nach Nordosten hängt.

Den Vater 1½ Jahre eingesperrt

Opladen (UP). Durch den Versuch eines alten Mannes, sich aus einem Fenster zu stürzen, wurde in Opladen eine Tragödie aufgedeckt. Polizeibeamte, die den Lebensmüden von seinem Vorhaben abhalten wollten, drangen in die Wohnung ein und stellten fest, daß der 84jährige in einem Zimmer eingeschlossen war und sich in einem erbarmungswürdigen Zustand befand. Der Greis war wie die Ermittlungen ergaben, vor rund einhalb Jahren von seiner Tochter und seinem Schwiegerohn nach Opladen gelockt und seit dieser Zeit in einer kleinen Kammer gefangen gehalten worden. Es wird angenommen, daß die herzlose Tochter und ihr Mann glaubten, auf diese Weise schneller in den Besitz des Erbes des Vaters zu gelangen.

Tabakrente für 100jährigen

Waldeck (UP). Wer lang raucht, wird zweifellos alt. Das bestätigte wieder einmal der sudetendeutsche Schneidermeister Helix, der in diesen Tagen im Alterheim in Flechtendorf seinen hundertsten Geburtstag feiern konnte. Eine Tabakfabrik hat dem Geburtstagskind eine lebenslange Tabakrente ausgesetzt, damit sein Pfeifchen nicht ausgeht.

Räuberhauptmann im Mahagonisarg

Palermo, Sizilien (UP). Der Sarg mit den sterblichen Überresten des berühmtesten sizilianischen Räuberhauptmanns Guigliano wurde nach seinem Helmsort Montelepre überführt und dort feierlich beigesetzt. Der Mahagonisarg war mit Silbergriffen besetzt und stand auf vier silbernen Füßen, die die Form von Löwenpranken hatten. Guiglianos Schwester Giuseppe hatte den Sarg als letzten Liebesdienst für ihren im Kampf mit der Polizei gefallenen Bruder für 70 000 Lire gekauft. Vor der Tür des Guiglianoschen Hauses hing ein schwarzer Flor mit der schlichten Inschrift: „In Erinnerung an meinen Sohn“. Murter Guigliano hat sich in ihrem Schmerz in das Haus eingeschlossen und weist alle Besucher ab. Inzwischen sind drei weitere Guigliano-Banden verhaftet worden, die alle drei schon längere Zuchthausstrafen hinter sich haben und für die insgesamt 66 Haftbefehle vorliegen.

Truman empfing Bischof Dibelius

Breschung über „moralische Lage der Welt“

Washington (UP). Das Sekretariat des Weißen Hauses teilt mit, daß Präsident Truman neben dem lutherischen Bischof von Berlin, Dibelius, zu einer kurzen Unterredung empfangen habe. „Gegenstand der Unterredung war die moralische Lage in der ganzen Welt“, sagte der stellvertretende Sekretär Ayers, der weiter mitteilte, daß Bischof Dibelius vom ehemaligen Sonderbotschafter Präsident Trumans beim Heiligen Stuhl, Taylor, begleitet war.

Ich verkaufe meine Memoiren...

Ich bin ein ganz einfacher Mann. Ein sogenannter kleiner Mann. Ein Mann der Masse. Von mir haben Sie bestimmt noch nichts gehört. Also, ich liebe etwa seit fünfzig Jahren, habe zwei Weltkriege mitgemacht, eine Gefangenschaft in Frankreich und eine in Sibirien, ich habe drei Kinder verloren und musste zweimal meine Heimat verlassen. Ich erlebte drei Aufstände, ein Massaker, zwei Währungsreformen, eine Inflation und ein Internierungslager. Ich habe zweimal zehn Jahre gehungert. Ich habe also eine Menge erlebt. Es hat mir gereicht zuzusagen.

Sehen Sie, und nun habe ich mich hingesetzt und meine Memoiren geschrieben. Sie sind überaus spannend, voller Dramatik und gewiß auch voller Tragik.

Ich wollte meine Memoiren verkaufen. Sie sind im Stil einwandfrei. Das sagt jeder. Es ist alles wahr, was ich niemand bestreitet. Aber glauben Sie, ich könnte meine Memoiren loswerden? Um keinen Preis der Welt, nicht umsonst.

Sie interessieren nicht. Einer sagte schlankweg die Wahrheit: sie seien uninteressant. Ob ich Bormann nach dem Kriege getroffen hätte? Mein, wie komme ich dazu. Ob ich Hitler im Nachhinein erlebt hätte? Auch nicht. Ob ich sonst irgend wie — nein, habe ich gesagt, ich habe gar nichts irgendwie — nur zwei Weltkriege, vorne, Sibirien, Winter, Hunger, Bomben, Tod der Kinder, Brand des Hauses, Geld in den Ofen geschmissen. Es ist nichts. Alle „Sachverständigen“ sagen, es ist nichts.

Ich werde meine Memoiren nicht los. Die Memoiren eines kleinen, einfachen Mannes. Eines Mannes aus der Masse. Komisch, was? Cora

Radio München ändert seine Welle

Am Freitag, den 7. Juli, ist der Bayerische Rundfunk genötigt, die am Münchener Sender ausgestrahlte Welle aufzugeben. Diese Welle (728 KH) war bei der allgemeinen Umstellung im März dieses Jahres Bayern zugewiesen worden. Es hat sich erwiesen, daß der Sender München infolge seiner großen Leistung den griechischen Rundfunk empfindlich stört. Infolgedessen wurde angeordnet, daß der Bayerische Rundfunk seine Sendungen auf dieser Welle einstellt. Der Bayerische Rundfunk kann sich zunächst nur befristet auf der Welle bedienen, die jetzt in Hof verwendet wird (962 KH). Der Empfang des Münchener Senders wird bis auf weiteres stark beeinträchtigt werden. Die Zuteilung einer für die Versorgung Bayerns ausreichenden Welle ist in Aussicht gestellt worden; jedoch ist sich zur Zeit noch nicht sagen, wann sie in Betrieb genommen werden kann.

Umschau in Karlsruhe

Vertriebene geben nicht nach

Karlsruhe (UP). Der Landesverband der Vertriebene in Nordbaden nahm zu der kürzlich stattgefundenen Kontroverse zwischen dem amerikanischen Landeskommissar für Württemberg-Baden, General Gross, und den deutschen Regierungsstellen über die Behandlung der Vertriebenenfrage Stellung. Gross habe richtig erkannt, heißt es, daß die Regierungsstellen nicht alles getan hätten, was zur Milderung des Vertriebenenproblems möglich gewesen wäre. In der Erklärung des Landesverbandes wird weiter darauf hingewiesen, daß bisher nur 8,7 Prozent der Stellen in öffentlichen Diensten von Heimatvertriebenen besetzt seien, während der Anteil der Flüchtlinge an der Gesamtbevölkerung 19 Prozent betrage.

Wenig Wissen, aber edle menschliche Substanz Karlsruhe (Uwb). Auf Einladung der Technischen Hochschule Karlsruhe sprach der Tübinger Philosoph Professor Eduard Spranger über das Thema „Fünf Jugendgenerationen 1900 bis 1950“. Professor Spranger sagte, man finde bei der heutigen studentischen Jugend wohl wenig Wissen, dafür aber edelste menschliche Substanz. Der Gelehrte warnte die Studentenschaft vor einer Vogel-Strauß-Politik. Die unpolitische oder verfehlt politische Haltung der Jugend in der Vergangenheit habe mit zum Zusammenbruch geführt. Professor Spranger rief den Studenten zu: „Es geht nicht immer um Deutschland, aber es geht zugleich um die ganze Kulturwelt“.

„General Pitt“ kommt nach Karlsruhe Karlsruhe (Uwb). Der als „General Pitt“ bekannte, von zahlreichen Polizeistellen im ganzen Bundesgebiet gesuchte Hochstapler Pitt Seeger aus Karlsruhe wird demnächst von München nach Karlsruhe gebracht werden. In Karlsruhe wird sich Seeger wegen Betrügertaten und Hochstaplerien vor Gericht zu verantworten haben.

Der in der EZ vom 6.7. genannte „General Pitt“ (Adalbert Tomm-Schott) ist nicht mit Pitt Seeger identisch.

Aus der badischen Heimat

Blumen, Pflanzen und Früchte

Mannheim (SWK). Der badische Gartenbauverband hat Sitz in Karlsruhe und der Verband badischer Gartenbaubetriebe, Sitz Freiburg, feiern in diesem Jahre gemeinsam das 50jährige Bestehen der gärtnerischen Berufsorganisation in Baden, die im Jahre 1900 gegründet wurde. Aus diesem Anlaß veranstaltet der Badische Gartenbauverband vom 2. bis 10. September in Mannheim in der Kunsthalle und auf dem daran anschließenden Freigelände eine Ausstellung, welche die Bezeichnung „Blumen, Pflanzen und Früchte — Jubiläumsausstellung des badischen Gartenbaues“ trägt und einen Überblick über die Leistung und Bedeutung des badischen Erwerbsgartenbaues vermittelt soll.

Eine Hitze zum Schienenbiegen

Mannheim (Uwb). Auf der Bahnstrecke zwischen Ladenburg und Heddelsheim hatte sich ein Schienenstrang in zwanzig Meter Länge vor Hitze wellenförmig gekrümmt. Der Zugführer des ersten nach dieser Gleisverwerfung herannahenden Zuges hatte die Veränderung des Bahnkörpers rechtlicherweise bemerkt und den Zug noch rechtzeitig zum Stehen gebracht. Die zu Hilfe gerufene Heddelsheimer Feuerwehr wollte die Schiene mit ihren Spritzen kühlen, mußte aber bald einsehen, daß das nichts nützte. Die Schiene mußte ausgewechselt werden.

UKW-Sender auf dem Königstuhl in Betrieb Heidelberg (Uwb). Der Südd. Rundfunk hat dieser Tage den neu errichteten Ultrakurzwellensender auf dem Königstuhl bei Heidelberg in Betrieb genommen. Der Sender

arbeitet zunächst im Versuchsbetrieb mit einer Leistung von 250 Watt auf der Frequenz 91,3 Megahertz. Neben der Ausstrahlung von Melodien für Feldstärkemessungen übernimmt der Sender zeitweise das Programm des Südd. Rundfunks.

12 000 DM des Roten Kreuzes verurteilt Heidelberg (Uwb). Das Landgericht Heidelberg verurteilte einen ehemaligen Buchhalter der Heidelberger Kreisgeschäftsstelle des Roten Kreuzes zu zweieinhalb Jahren Gefängnis, 2000 DM Geldstrafe und zu drei Jahren Erwerbsverlust. Der Angeklagte hatte rund 12 000 DM veruntreut, die aus Einnahmen des Roten Kreuzes in Übernachtungsheimen und Verpflegungsstellen stammten.

Sozialpolitik hilft Kommunismus bekämpfen Buchen (Uwb). Professor Liepmann von der Universität Oxford sprach dieser Tage in Buchen auf Einladung des Volkshilfswerkes über das politische Weltbild der Gegenwart. Liepmann sagte, Deutschland sei wieder eine Großmacht geworden, denn von den europäischen Staaten werde keine wichtige politische Entscheidung mehr getroffen, ohne daß man sich vorher im Hinblick auf Deutschland orientiert habe. Ferner führte Liepmann aus, der Kommunismus könne nur dadurch bekämpft werden, daß man an seine Stelle etwas Besseres setze. Eine gesunde und überzeugende Sozialpolitik sei das beste Abwehrmittel gegen den Kommunismus.

Zwischen badischem und bayrischem Lager Wertheim (SWK). Anlässlich einer Kundgebung auf dem mit blau-weißen Fähnchen geschmückten Marktplatz der alten Frankennmetropole am Main wurde auch Stimmung gemacht für eine Loslösung Wertheims von Baden und einen Anschluß an Bayern. Landrat Schwan beurteilte einem SWK-Korrespondenten gegenüber die Aussichten einer Befragung — sofern es zu einer solchen Über-

haupt je kommen sollte — für Bayern sehr skeptisch. Im allerbesten Falle, so meinte er, würden sich höchstens 15 Prozent der Einwohner für einen Anschluß an Bayern aussprechen. Dagegen waren bayerische Journalisten der Ansicht, daß sich mindestens 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung für eine Loslösung von Baden und einen Anschluß an Bayern aussprechen.

Altredaktionskanzler Wirth: Wohin, Badenerland? Freiburg (SWK). Unter diesem Titel veröffentlicht Reichskanzler a. D. Dr. Wirth einen Alarm- und Kampftruf zur Abwehr württembergischer Angriffe. Nach dem in Karlsruhe erscheinenden „Badischen Informationsdienst“ schreibt „der alte Volksmann herzerfrischend offen und launig seine Meinung über die Angriffe auf Badens Existenz“. Den Württembergern ruft er zu, daß sie den Badenern das gute alte Recht lassen sollen. Den Franzosenrecht entlarvt er als Gefasel. Außerdem 1931 er alte Sozialdemokraten wie Minister Dr. Engler und Rechtsanwalt Dr. Dietz zu Wort kommen, die vor einer Zusammenlegung warnen.

Der Mörder von Gresgen in Berlin verhaftet Lörrach (Uwb). Nach Mitteilung der Lörracher Kriminalpolizei wurde der 1932 in Hamburg geborene Josef Ludy, der beschuldigt wird, am 5. April in Gresgen bei Zell im Wiesental den 12jährigen Helmut Grether auf dem Heuboden des Anwesens seiner Eltern ermordet und bestialisch verstümmelt zu haben, im Sowjetsektor von Berlin verhaftet. Die Fahndung war dadurch erschwert worden, daß Ludy häufig seinen Namen wechselte. In Gresgen hatte er sich als Oudflüchtling Josef Trenk aus Lyck ausgegeben. Nach seiner Flucht aus dem Oberrheingebiet war er bereits einmal in Hannover verhaftet worden, wurde aber wieder freigelassen, da man ihn unter dem dort angegebenen Namen nicht mit dem Mord von Gresgen in Zusammenhang brachte.

Verordnung zum Mitbestimmungsrecht

Ministerrat wird in Bälde darüber beraten

Stuttgart (Uwb). Der württemberg-badische Ministerrat wird sich spätestens am 17. Juli mit der zweiten Durchführungsverordnung zum wirtschaftlichen Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in den Betrieben beschäftigen.

Wie das Arbeitsministerium dazu mitteilt, sieht die von ihm ausgearbeitete Durchführungsverordnung die Errichtung von 16 Schiedsstellen zur Schlichtung von Streitfällen vor. Zehn solcher Stellen sollen in Stuttgart sechs in Heidelberg eingerichtet werden. Die Besetzung der Schiedsstellen mit insgesamt 96 fachlich geeigneten Arbeitnehmern und Arbeitgeber wird erst nach Verabschiedung der Durchführungsverordnung durch den Ministerrat erfolgen.

Das Arbeitsministerium überprüft gegenwärtig, ob Württemberg-Baden zur Verabschiedung eines Gesetzes, das die Entsendung von Betriebsräten in den Aufsichtsrat vorseht, überhaupt zuständig ist. Ein solches Gesetz würde einen Eingriff in das Aktiengesetz darstellen, das bekanntlich in den Kompetenzbereich des Bundes fällt.

Die Wählbarkeit der Beamten Ausschuss stimmt Landtagwahlgesetz zu Stuttgart (Uwb). Der ständige Ausschuss des württemberg-badischen Landtags stimmte dem Entwurf des Innenministeriums für ein neues Landtagwahlgesetz zu. Der Entwurf wurde nur wenig verändert. Die CDU-Abgeordneten enthielten sich bei der Abstimmung über alle diejenigen Abschnitte des Gesetzesentwurfes der Stimme, in denen der Grundsatz des Verhältniswahlrechts verankert ist.

Der neue Entwurf entspricht im wesentlichen den Bestimmungen des Landtagwahlgesetzes vom Jahre 1946.

Bei der Beratung kam es zu einer längeren Debatte über die Wählbarkeit der Beamten und / gestellten im öffentlichen Dienst. Da diese Frage noch nicht auf Bundesebene geregelt ist, übernehmen die Abgeordneten die wesentlichen Bestimmungen eines DVP-Initiativgesetzentwurfes über die Beschränkung der Wählbarkeit der Beamten zum Landtag. Beamte mit Hoheitsbefugnissen müssen ihre Veretzung in den Wartestand beantragen, ehe sie ein Mandat annehmen.

Eigenes Arbeitsbeschaffungsprogramm Stuttgart (Uwb). Württemberg-Baden bereitet ein eigenes Arbeitsbeschaffungsprogramm für den Fall vor, daß das Land bei der Durchführung des zweiten Arbeitsbeschaffungsprogrammes der Bundesregierung wieder nicht berücksichtigt wird. Wie das Arbeitsministerium mitteilt, ist zur Vorbereitung des landeseigenen Arbeitsbeschaffungsprogrammes von der Regierung ein Ausschuss gebildet worden, dem unter Vorsitz des Wirtschaftsministers Vertreter der Arbeits-, Finanz-, Landwirtschafts-, Innen- und Verkehrsministerien sowie des Landesamtes angehören. Eine Kommission dieses Ausschusses untersucht zur Zeit in den Nordbadischen Kreisen Mosbach und Tauberbischofsheim und den nordwürttembergischen Kreisen Crailsheim und Schwäbisch Gmünd, wieweit im Rahmen eines solchen Programmes Dauerarbeitsstellen geschaffen werden können.

Wirtschafts-Nachrichten

Karlsruher Arbeitsmarkt wenig verändert Die Arbeitsmarktlage im Bereich des Arbeitsamtes Karlsruhe hat sich im Monat Juni nur wenig geändert. Die Zahl der Arbeitslosen lag mit 10 655 um 991 niedriger als Ende Mai.

Rückgang des Karlsruher Hafenumschlags In den Karlsruher Rheinhäfen wurden im Monat Juni insgesamt 91 953 Tonnen umgeschlagen gegenüber 104 043 Tonnen im Vormonat. Der Verkehrsrückgang ist auf eine Verminderung der Kohlen- und Getreidenuhr zurückzuführen.

Vermehrter Getreide- und Zuckerrübenanbau Nach dem vorläufigen Ergebnis der diesjährigen Bodennutzungserhebung ist der Getreideanbau in Württemberg-Baden in diesem Jahre gegenüber dem Vorjahre um fast ein Zehntel größer. Bei den Zuckerrüben ist eine bedeutende Zunahme der Anbaufläche um fast ein Fünftel gegenüber 1949 eingetreten. Dagegen ist der Gemüseanbau um ein Drittel eingeschränkt worden. Der Anbau von Spükartoffeln ist gegen 1949 leicht vergrößert, der von Frühkartoffeln dagegen um ein Zehntel vermindert worden. Der Ofiruchtanbau ist um fast drei Zehntel eingeschränkt worden. Klee wird auf einer um etwa ein Viertel kleineren Fläche angebaut als 1949.

„Württemberg-badischer Handwerkertag“ Die überbezirklichen Organisationen des würt-bad. Handwerks (Handwerkakammern, Landesinnungsverbände, handwerkliche Gewerkschaften) haben sich vor kurzem im „Württemberg-badischen Handwerkertag“ zu einer Spitzenorganisation auf Landesebene zusammengeschlossen. Der württemberg-badische Handwerkertag will in allen grundsätzlichen Fragen der Handwerkspolitik die Interessen des Handwerks gegenüber Parlament und Regierung sowie der Zentralorganisation des deutschen Handwerks vertreten.

Tagung des südwestdeutschen Baustoffhandels In einer öffentlichen Kundgebung in Baden-Baden, die sich an eine Mitgliederversammlung des Verbandes der Baustoff-Großhändler in Württemberg und Baden angeschlossen, wandte sich der neugewählte Vorsitzende des Verbandes, Ruch, gegen die unläuternden Elemente, die sich vor der Währungsreform mit Hilfe von Kompensationsgeschäften und nach der Geldumstellung unter dem Schutze der Gewerbefreiheit in den Baustoffhandel eingeschlichen hätten.

Getreidesubventionierung bis 1. August? Der Bundesrat wird auf seiner Volltagung am 7. Juli zu der Preisordnung 38/50 über die Festsetzung von Getreidepreisen für die Monate Juli—September Stellung nehmen, die von der Tagesordnung der letzten Sitzung abgesetzt worden war. Nachdem die Höhe Kommission der Verlängerung des Preisgesetzes mit der Auflage zugestimmt hat, daß die Bundesregierung Festpreise nur nach vorheriger Abstimmung mit der Hohen Kommission festsetzen dürfte, wird also die Preisordnung außer der Zustimmung des Bundesrates und des Bundestages ebenfalls noch der Zustimmung der Hohen Kommission bedürfen. Zeitlich gesehen dürfte damit die Preisordnung 38/50 kaum vor dem 1. August Rechtskraft erlangen. Wie man erfährt, sind für Juli 250 000 Tonnen Getreide aus der Bundesreserve zusätzlich des für diese Zeit eingeführten Handelsvertragsweizens freigestellt worden. Für diese Menge hat der Bundesfinanzminister eine Subventionierung noch zugesagt, jedoch mit der Auflage verbunden, daß diese ab 1. August fortfällt. Die Mittel dürften vermutlich aus den eingesparten 40 Millionen DM Subventionen stammen, die mit insgesamt 290 Millionen DM im Haushalt vorgesehen sind.



Pension Claudius

KRIMINALROMAN von Hans Otto Siehe

22. Fortsetzung

Berta Wolter hantierte als dienstbarer Geist im Hause Claudius. Sie hatte die Zimmerarbeit zu verrichten, in der Küche mitzuhelfen und die Speisen zu servieren. Als Beweis ihrer ständig guten Laune pflegte sie unablässig vor sich hinzusummen. Sie war klein, dick, rosig. Ihre Augen spiegelten wie Brombeergelee. Ihr etwas plumper Mund mit den weißen Zähnen, die weit auseinanderstanden, war meist einen Spalt geöffnet, als ob sie sich über etwas zu verwundern habe.

Kersten faßte sie ab, als sie mit dem Besen bewaffnet ins Zimmer trat. „Herrje“, entschuldigte sie sich errötend. „Ich dachte, Sie seien schon weg. Ich kann aber nächter nochmals kommen und das Zimmer richten.“

„Bleiben Sie nur“, lachte Kersten und beschrieb eine einladende Geste. „Ich räume sogleich das Feld. Und ein paar Minuten wird man auch mit Ihnen plaudern dürfen.“

„Wenn Ihnen Spaß macht“, erwiderte sie grinsend. „Ihr Vorgänger, der Herr Kinsky, hat sich oft mit mir unterhalten. Ich sei ein kluges Mädchen, hat er gesagt. Schade übrigens um den Herrn Kinsky“, meinte sie ernst. „Wer hätte gedacht, daß es ein so schlimmes Ende mit ihm nehmen würde! Ein grausenvoller Tod. Weiß man denn schon, wer es getan hat?“

„Nein. Das heißt, ich darf darüber nicht sprechen. Können Sie mir eigentlich etwas über Kinsky erzählen? Stand er auf gutem Fuß mit den Gästen?“

„Oh ja. Ich denke schon. Kinsky war ein sehr netter Mensch. Von was er lebte, weiß ich ja nicht. Mit dem Geld war er immer knapp dran.“

„Woraus entnehmen Sie das?“ Berta Wolter wurde verlegen. „Je nun, ich weiß es eben.“ Pitzlich gab sie sich einen Ruck: „Ich habe da durch Zufall was mitangehört, letzte Woche — ich sag's Ihnen nur vertraulich, Herr Kommissar.“ Ihre Miene nahm einen geheimnisvollen Ausdruck an. „Ich hörte Stimmen aus dem Zimmer hier, Herr Claudius war drin und sprach mit Kinsky. Herr Claudius drängte auf Bezahlung. Ich hörte deutlich, wie er sagte: noch keinen Pfennig haben Sie bezahlt — ich dulde das nicht länger.“

„Aha. Und Kinsky?“

„Der suchte ihn zu beruhigen. Das Geld könne schon. Er erwarte noch eine große Überweisung, sagte er. Sie müsse in aller Kürze eintreffen.“

„War das alles?“

„Ich weiß nicht, ob ich Ihnen noch mehr sagen darf. Meiner Herrschaft wird es nicht recht sein.“ Das Mädchen wartete wohl nur auf eine Ermunterung. Als ihr der Kommissar ein wenig zusprach, rückte sie weiter heraus: „Herr Claudius hat Kinsky Vorhaltungen gemacht, weil er seiner Tochter Lotte nachstelle. Ich verbitte mir das, hat Herr Claudius geschrieben. Aber Kinsky hat nur gelacht.“

„War Kinsky tatsächlich hinter der Tochter von Claudius her?“

„Oh, er hat ihr manchmal schöne Augen gemacht. Er hat auch mir welche gemacht, aber wissen Sie, ich bin so: rüh' mich nicht an! Immer drei Schritt Abstand. Verstehen Sie?“

„Ja, ja. Ging denn Herr Kinsky mit Lotte aus?“

„Das ist es ja! Er nahm sie öfters auf seinem Motorrad nach Baden-Baden mit. Angeblich wollten sie dort dies und das besorgen. Aber ich weiß schon...“ Bertas Augen blinkten vielsagend. „Da war mehr dahinter. Ich lasse mir nichts vormachen.“

„Sie glauben, daß Lotte und Kinsky...“

„Ich will nichts gesagt haben.“ Das Mädchen brach ab und beschäftigte sich angelegentlich mit der Zimmerarbeit.

Nachdenklich ging Kersten hinaus u. überlegte sich die Sache. Kinsky und Lotte Claudius? Das war neu. Der Gedanke beschäftigte ihn so sehr, daß er sofort Carol Claudius aufsuchte, der in seinem Büro saß und Rechnungen ausschrieb.

„Ach, der Herr Kommissar!“ grüßte Claudius den Eintretenden — und seine Miene nahm einen besorgten Ausdruck an. „Nehmen Sie doch Platz! Wie gefällt es Ihnen bei uns? Eine gemüthliche Pension, finden Sie nicht?“

„Sehr gemüthlich“, bestätigte Kersten und setzte sich. „Ich sehe, Sie sind mit dem Rechnungswesen beschäftigt. Gehen die Zahlungen prompt ein?“

„Oh, ich kann nicht klagen.“

„Hat auch Herr Kinsky immer bezahlt?“

„Wortlos maßen sich die beiden einige Sekunden lang mit undurchdringlichen Blicken. Dann Claudius' Antwort: „Kinsky war ein wenig rückständig. Ich habe noch einiges von ihm zu bekommen, vielmehr nun wohl von seinen Erben. Aber das ist unwesentlich.“

„Sie hatten Streit mit ihm, wie?“

„Wer hat das behauptet?“

„Ich meine nur so.“

„Streit ist zu viel gesagt. Wir hatten eine kleine Aussprache. Nichts weiter. Herr Kinsky spielte gern am Roulette, und das bereitete mir Sorgen. Das Spiel war seine Leidenschaft. Ich habe ihm davon abgeraten.“

„So. Ich denke, Sie hatten noch mehr an Kinsky auszusetzen. Sein Interesse an Ihrer Tochter gefiel Ihnen wohl nicht. Und möglicherweise erwiderte sie dieses Interesse. Wie?“

„Das ist nicht wahr! Man kann Lotte nichts nachsagen. Ich habe sie vor Kinsky gewarnt, das stimmt. Und ihn darauf aufmerksam gemacht, daß er gefälligst die Finger von Lotte lasse...“ Er wurde unterbrochen. Die Tür ging mit einem Ruck auf, und Frau Claudius erschien an der Schwelle. Offenbar hatte sie an der Tür gelauscht.

„Von Lotte und Kinsky ist hier die Rede?“

„Frage sie aufgebracht und ihr Gesicht war trotz des Puders knallrot. Feierlich trat sie näher. „Ich dulde nicht, daß die beiden in

Zusammenhang gebracht werden. Mein Mann hat in dieser Angelegenheit wohl mit Herrn Kinsky geredet, aber es war überflüssig. Victor Kinsky war ein Ehrenmann. Ein Kavaller. Er sah gern hübsche Frauengesichter, ob ja. Aber dagegen war nichts einzuwenden.“

„Ich weiß, du hastest immer viel für Kinsky übrig“, hielt ihr Claudius entgegen.

„Gebe ich zu. Er war etwas Besonderes — vornehm bis in die Fingerspitzen.“

„Du vergißt seine Schulden.“

„Feine Leute haben oft Schulden. Er hätte schon noch bezahlt, wenn er nicht gewaltsam ums Leben gekommen wäre.“

„War er auch abends mit Ihrer Tochter weg?“ mischte sich Kersten in die Familienszene.

„Das ist es ja“, gestand der Pensionsbesitzer. „Mehrfach waren sie noch spät abends zusammen in Baden-Baden drüben. Und das gefiel mir nicht.“

„Was war schon dabei, Carol?“ setzte Frau Claudius ihre Verteidigung fort. „Unstet. Die Väter, die es besonders toll in ihrer Jugend getrieben haben, passen lächerlich streng auf ihre Töchter auf.“

„Vielleicht, weil sie Bescheid wissen...“

„Nun laß schon! Die Sache ist erledigt. Lotte machte sich gar nichts aus Kinsky. Sie freute sich höchstens, daß der Mann sie seines Wohlwollens würdigte und sie zuweilen mitnahm. Übrigens war er auch mir zugetan. Das gebe ich zu.“

„Er war doch verheiratet?“ forschte Kersten.

„Er lebt getrennt von seiner Frau“, eröffnete Rose Claudius geschwind. „Sie verstand ihn nicht. Er war kein Dutzendmensch. Und solche Naturen haben es schwer. Glauben Sie es mir...“

„Du hättest ihn ja heiraten können“, stieß Claudius trotz der Anwesenheit des Beamten wütend hervor. Und seine Gattin entgegnete: „Vielleicht wäre ich besser gefahren“, ein Ausspruch, den Claudius mit böhnischem Aufblinzeln zur Kenntnis nahm.

(Fortsetzung folgt)